

N i e d e r s c h r i f t

über die 7. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 20.05.2015
- Öffentlicher Teil -

Sitzungsraum: Ratssaal, Rathaus, Rathausplatz 2, 40789
Monheim am Rhein
Beginn: 17:02 Uhr
Ende: 21:48 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Daniel Zimmermann

Mitglieder der PETO-Fraktion

Herr Andy Eggert

Herr Ingo Elsner

Herr Patrick Fuest

Herr Florian Große-Allermann

Frau Carina Häusler

Frau Julia Häusler

Herr Torsten Kinzel

Herr Florian Klein

Frau Janne Koch

Herr Tim Kögler

Herr Michael Lück

Frau Ann-Cathrin Nellen

Frau Brinja Noth

Frau Lisa Pientak

Herr Holger Radenbach

Herr Benedikt Reich

Herr Max Riedel

Herr Lucas Risse

Frau Bianca Rosenstetter

Frau Vanessa Serve

Frau Monika Sikora

Herr Michael Strauss

Frau Laura Töpfer

anwesend ab Tagesordnungspunkt ö 9

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Günter Bosbach

Herr Tim Brühland

Herr Heinz-Jürgen Goldmann

Herr Markus Gronauer

abwesend bei Tagesordnungspunkten ö 11 bis
einschließlich ö 16

Frau Gabriele Hackel

Herr Michael Nagy

Herr Peter Werner

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Werner Goller
Frau Stefanie Rohm
Herr Alexander Schumacher

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Stephan Emmeler
Herr Manfred Poell

DIE LINKE

Frau Badi Özgültekin

anwesend bis einschließlich Tagesordnungs-
punkt ö 21

Rechnungsprüfung

Herr Harald Beier

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel
Frau Sonja Baumhauer
Frau Estelle Dageroth
Herr Martin Frömmer
Frau Andrea Griese-Pelikan
Herr Peter Heimann
Herr Guido Krämer
Herr Edgar Lenz
Herr Roland Liebermann
Herr Michael Lobe
Herr Dietmar Marx
Frau Sabine Noll
Herr Thomas Waters

bis einschl. Tagesordnungspunkt ö 16

Schriftführerin

Frau Beate Hellingrath

Entschuldigt fehlten:

Mitglieder der PETO-Fraktion

Frau Kathrin Dähne
Herr Hasan Ergen
Herr Joris Schüller

FDP

Frau Marion Prondzinsky-Kohlmetz

von der Verwaltung

Frau Gisela Herforth

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Kenntnisnahme der Niederschrift der 6. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 11.03.2015 - öffentlicher Teil -
3. Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen (Sitzung vom 11.03.2015 - öffentl. Teil) IX/0360
4. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner (1. Unterbrechung)
5. Beschluss über die Verleihung des Ehrenrings der Stadt Monheim am Rhein an Frau Dr. Ulla Hahn IX/0359
6. Aktionsplan - Monheim inklusiv IX/0314/1
7. Pilotprojekt zur Einführung von Tablets am Otto-Hahn-Gymnasium - Tagesordnungspunkt entfällt IX/0267
8. Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung (SEP) IX/0326
- Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner (2. Unterbrechung)
9. Folgerungen aus der Kindergartenbedarfsplanung IX/0320
10. Vorkaufsrechtsatzung "zentraler Versorgungsbereich Innenstadt" im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 141 M "zentraler Versorgungsbereich Innenstadt" IX/0269
11. Auslaufen der Nutzung eines Teils des Waldfriedhofes in Monheim am Rhein IX/0305
12. Umgestaltung Knipprather Straße / Baumberger Chaussee, Kreisverkehrsplatz IX/0284
13. Baubeschluss zur Umgestaltung der Hauptstraße von Ausbauende Kreisverkehr Berghausener Straße/Monheimer Straße bis einschl. Knotenpunkt Hauptstraße/ Kreuzstraße IX/0315
14. Neubau einer Rampe vom Berliner Ring, "Bypass" IX/0283
15. Gesellschaftsvertrag der Bildung³ gemeinnützige GmbH der Städte Hilden, Langenfeld und Monheim am Rhein IX/0351
16. Erster Gesamtabschluss zum 31.12.2010 IX/0343
17. Entwurf Jahresabschluss 2013 der Stadt Monheim am Rhein IX/0313

- | | | |
|-------|---|---------|
| 18. | Nachtragshaushaltssatzung 2015 | IX/0312 |
| 19. | Nachtrag zum Stellenplan 2015 | IX/0341 |
| 20. | Genehmigung einer Dringlichen Entscheidung - Zusage einer Kreditgewährung in Zusammenhang mit dem Breitbandausbau - | IX/0346 |
| 21. | Antrag der CDU-Fraktion vom 04.05.2015 "Einrichtung einer Taschengeldbörse" | IX/0363 |
| 22. | Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 05.05.2015 - Resolution des Rates der Stadt Monheim am Rhein zu internationalen Handels- und Dienstleistungsabkommen | IX/0364 |
| 23. | Mündliche Mitteilungen | |
| 23.1. | Mitteilung zur einer Anfrage der CDU-Fraktion "Bestellung von persönlichen Stellvertretern im Aufsichtsrat der MVV" | |
| 23.2. | Mitteilung zu einem Schreiben der Universität Duisburg-Essen zur Bekanntgabe an alle Mitglieder des Rates | |
| 24. | Mündliche Anfragen | |
| 24.1. | Anfrage von Ratsherrn Nagy - CDU - "Besetzung der Rentenstelle" | |
| 24.2. | Anfrage von Ratsherrn Poell - Bündnis90/Die Grünen - "Abiturfeier im Sojus 7" | |
| 24.3. | Anfrage von Ratsherrn Emmeler - Bündnis90/Die Grünen - "Sachstand Ausbau Glasfasernetz" | |
| 24.4. | Anfrage von Ratsherrn Goller - SPD - "Sachstand zum Ausbau des Sportplatzes der PUG" | |
| 24.5. | Anfrage von Ratsherrn Bosbach - CDU - "Plakatierung im Stadtgebiet" | |

SITZUNGSERGEBNIS:

Öffentliche Sitzung:

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Bürgermeister eröffnet die 7. Sitzung des Rates und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Er weist darauf hin, dass sich folgende Ratsmitglieder für die Sitzung entschuldigt haben:

Frau Kathrin Dähne, Herr Joris Schüller und Herr Hasan Ergen (alle PETO-

Fraktion) und
Frau Marion Prondzinsky-Kohlmetz - FDP.

Frau Carina Häusler - PETO wird verspätet an der Sitzung teilnehmen.

Anschließend weist der Bürgermeister darauf hin, dass versehentlich unter Tagesordnungspunkt ö 7 die Vorlage IX/0267 aufgenommen wurde. Bereits in der letzten Ratssitzung sei über diese Vorlage ein einstimmiger Beschluss gefasst worden. Der Tagesordnungspunkt wird abgesetzt; allerdings soll bei den nachfolgenden Tagesordnungspunkten die Nummerierung beibehalten werden.

Gegen die vorgelegte Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

2 Kenntnisnahme der Niederschrift der 6. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 11.03.2015 - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird zur Kenntnis genommen.

3 Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen (Sitzung vom 11.03.2015 - öffentl. Teil) Vorlage: IX/0360

Der Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen wird zur Kenntnis genommen.

4 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner (1. Unterbrechung)

1. Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaft Verdi überreichen dem Bürgermeister Unterschriftenlisten, die die Forderung der Gewerkschaft nach einer Aufwertung der sozialen Berufe unterstützen. Unter Hinweis auf die derzeitigen Streiks, auch in Monheimer Kindertagesstätten, überreicht die Sprecherin der Verdi-Betriebsgruppe einen von mehreren Verdi-Betriebsgruppenmitgliedern unterzeichneten Brief, mit dem der Bürgermeister aufgefordert wird, auf den Arbeitgeberverband einzuwirken, um im Interesse der Beschäftigten, Eltern und der Kinder und Jugendlichen zu einem baldigen Tarifabschluss zu kommen.

Der Bürgermeister nimmt den Brief als auch die Unterschriftenlisten entgegen und gibt zwei Mitgliedern der Verdi-Betriebsgruppe die Gelegenheit, ihre Forderungen mündlich zu begründen.

Die Unterlagen werden zur Kenntnis genommen.

Der Bürgermeister weist auf die in den städtischen Einrichtungen organisierte Notbetreuung hin und bedankt sich ausdrücklich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die die Notbetreuung gewährleisten.

2. Herr Nieswand, Kurt-Schumacher-Straße 5, bezieht sich auf die im Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bau und Verkehr erfolgte Vorstellung der Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung Monheim-Süd.

Er äußert seine Bedenken hinsichtlich des zu erwartenden Verkehrsaufkom-

mens durch die Anbindung des Berliner Viertels nach Süden an die Alfred-Nobel-Straße und fragt nach, welche Lärmschutzmaßnahmen auf der Kurt-Schumacher-Straße geplant seien.

Der Bürgermeister nimmt eingehend Stellung und teilt mit, dass die Errichtung von Lärmschutzmaßnahmen nicht geplant sei, da die verkehrliche Belastung der Kurt-Schumacher-Straße nicht so stark zunähme, wie von den Anwohnern befürchtet würde.

Außerdem müsse zwischen objektiver und subjektiver Belastung unterschieden werden.

Durch die geplante Nord-Süd-Spange könne eine spürbare Entlastung der Opladener Straße herbeigeführt und ein besserer Anschluss an das Autobahnkreuz 26 Monheim/Langenfeld an der A 59 gewährleistet werden.

Er weist außerdem auf die noch im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens stattfindende Bürgerbeteiligung hin. Dort können Bedenken und Anregungen noch geäußert werden.

3. Im Anschluss an die vorstehende Wortmeldung erklärt der Sprecher der SPD-Fraktion, dass er im Zusammenhang mit dem Schreiben verschiedener Eigentümer/innen von Einzelhandelsflächen, das sich auf die Vorlage IX/0269 „Vorkaufsrechtssatzung ‚zentraler Versorgungsbereich Innenstadt‘“ bezieht, mit Fragen gerechnet hätte.

Im Rahmen der Beratung über die Vorlage bei Tagesordnungspunkt 10 werde das Schreiben behandelt, erklärt der Bürgermeister.

5 Beschluss über die Verleihung des Ehrenrings der Stadt Monheim am Rhein an Frau Dr. Ulla Hahn Vorlage: IX/0359

Beschluss

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein tritt der zwischen dem Bürgermeister und den Fraktionsvorsitzenden getroffenen Vereinbarung zur Verleihung des Ehrenrings an Frau Dr. Ulla Hahn vom 30.04.2015 bei.

einstimmig zugestimmt

6 Aktionsplan - Monheim inklusiv Vorlage: IX/0314/1

Heute solle auf eine Präsentation verzichtet werden, da die Vorlage ausführlich in den Fachausschüssen vorgestellt und vorberaten worden sei, erklärt der Bürgermeister. Mit dem jetzt vorgelegten Aktionsplan befinde sich die Stadt Monheim am Rhein im Kreisvergleich in vorderer Position. Für Anfang August sei ein Termin für alle Teilnehmer geplant, um die weitere Schwerpunktsetzung zu vereinbaren und festzulegen.

Beschluss

1. Die Stadt Monheim am Rhein wirkt darauf hin, dass die Ziele, Grundsätze und Maßnahmen der UN-Behindertenrechtskonvention in allen kommunalen Hand-

lungsfeldern berücksichtigt werden und Monheim am Rhein sich zu einer inklusiven Stadt entwickelt. Hierzu beschließt der Rat der Stadt Monheim am Rhein den beigefügten „Aktionsplan - Monheim inklusiv“ als Grundlage und Orientierungsrahmen für das zukünftige städtische Handeln.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die im Aktionsplan genannten Maßnahmen, die keiner weiteren politischen Entscheidung und Finanzierung bedürfen in dem benannten Zeitraum umzusetzen. Über diese Umsetzungen der Maßnahmen ist im Fachausschuss regelmäßig zu berichten.
3. Für die im Aktionsplan genannten Maßnahmen, die einen Umsetzungsbeschluss einschließlich Finanzierung erfordern, wird die Verwaltung beauftragt, diesen unter Beachtung der im Aktionsplan genannten Zeiträume für die Umsetzung rechtzeitig vorzubereiten.

einstimmig zugestimmt

7 Pilotprojekt zur Einführung von Tablets am Otto-Hahn-Gymnasium
Vorlage: IX/0267
-Tagesordnungspunkt entfällt

8 Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung (SEP)
Vorlage: IX/0326

Beschluss

1. Die vorliegende Schulentwicklungsplanung (SEP) wird zur Kenntnis genommen und dient als Grundlage für die weitere Entwicklung von Schulen und Schulstandorten der Stadt Monheim am Rhein.
2. Die aus der SEP hervorgehenden Problemstellungen werden durch die Verwaltung in folgender Priorität geprüft:
 - a) Schulzentrum am Berliner Ring (Sekundarschule und Otto-Hahn-Gymnasium)
 - b) Schulzentrum Lotten-/Krischerstraße (Gemeinschaftsgrundschule Astrid-Lindgren-Schule und katholische Grundschule Lottenschule)
 - c) Gemeinschaftsgrundschule Armin-Maiwald-Schule
 - d) Peter-Ustinov-Gesamtschule
 - e) Gemeinschaftsgrundschule Hermann-Gmeiner-Schule
 - f) Gemeinschaftsgrundschule Schule am Lerchenweg und katholische Grundschule Winrich-von-Kniprode-Schule

Die Verwaltung wird beauftragt, den Umfang der jeweils notwendigen Maßnahmen auf Basis der SEP zu konkretisieren, hieraus einen Planungsauftrag abzuleiten, den hierfür notwendigen Finanzbedarf zu kalkulieren und das Ergebnis dem Rat der Stadt Monheim am Rhein zur jeweiligen Beschlussfassung vorzulegen.

3. Die SEP macht deutlich, dass bereits jetzt räumliche und funktionale Defizite gegeben sind. Für die dringendsten Bedarfe werden daher kurzfristig Kompensationsmöglichkeiten (temporäre Klassen in Modulbauweise, Umbauten im Bestand, Optimierung der Ausstattung etc.) geprüft. Die Verwaltung wird beauftragt, den Umfang der notwendigen Maßnahmen zu konkretisieren, hieraus einen Planungsauftrag abzuleiten, den hierfür notwendigen Finanzbedarf zu kalkulieren und das Ergebnis dem Rat der Stadt Monheim am Rhein zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Für die Umsetzung der aus der SEP resultierenden Baumaßnahmen werden in einem Nachtrag zum Stellenplan im Bereich 71 drei zusätzliche Vollzeitstellen ausgewiesen, wovon eine Stelle auf fünf Jahre befristet werden soll und die anderen beiden Stellen auf unbestimmte Zeit besetzt werden sollen.

einstimmig zugestimmt

Vor Eintritt in die Beratung zu Tagesordnungspunkt 9 meldet Herr Nagy - CDU - Ausschließungsgründe an und nimmt im Zuschauerraum Platz.

9 Folgerungen aus der Kindergartenbedarfsplanung Vorlage: IX/0320

Eingangs weist der Bürgermeister darauf hin, dass die CDU-Fraktion darum gebeten habe, Unterschriften für den Erhalt des Wäldchens auf dem Grundstück an der Kurt-Schumacher-Straße neben dem Allwetterbad zu überreichen.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion bedankt sich für die Gelegenheit, die Unterschriftensammlung vor der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt überreichen zu können. Er spricht seinen besonderen Dank für die Unterstützung bei der Unterschriftensammlung zum Erhalt des Wäldchens den Kolleginnen und Kollegen der Ratsfraktionen von SPD und Bündnis90/Die Grünen und dem Naturschutzbund aus. Die Kernaussage, die der Unterschriftensammlung zugrunde liege, laute: Keine weitere Bebauung auf dem Grundstück, sondern Erhalt des Wäldchens und Aufforstung und Herrichtung für die Kindertagesstätte. Diese Forderung werde durch 820 Unterschriften von Bürgerinnen und Bürgern unterstützt.

Er fordert die Verwaltung auf, die Planung entsprechend dem Willen der Unterzeichner zu bedenken und zu überarbeiten.

Anschließend berichtet der Bürgermeister ausführlich über die Bürgerbeteiligung zum Bebauungsplan 142M „KiTa Kurt-Schumacher-Straße“, die am Vorabend stattgefunden habe. Zusammenfassend sei festzuhalten, dass unterschiedliche Interessenlagen erkennbar wurden. Die vorgetragenen Anregungen und Bedenken wurden protokolliert und würden aufbereitet dem Fachausschuss im Rahmen des Beschlusses zur Offenlage des Bebauungsplanes vorgestellt.

Der Bürgermeister macht nochmals deutlich, wie dringlich der Neubau einer Kindertagesstätte sei, da nicht ausreichende Unterbringungsplätze zur Verfügung stünden. Man sei den Eltern und Kindern gegenüber in der Verantwortung. Heute solle der Planungsbeschluss gefasst werden, um die KiTa-Planung voranzutrei-

ben.

Es schließt sich eine kontrovers und emotional geführte Diskussion an, in der die Sprecher der Fraktionen ihre unterschiedlichen Auffassungen zur Nutzung des angedachten Grundstücks für den Kitaneubau zum Ausdruck bringen.

Dass ein Kindergartenneubau unumgänglich ist, ist bei allen Fraktionen unbestritten. Alle Fraktionen außer der PETO-Fraktion sprechen sich für den Erhalt des Wäldchens aus. Die SPD-Fraktion schlägt außerdem vor ggf. andere Standorte zu überprüfen. Einer Wohnbebauung werde man nicht zustimmen. Durch die Fraktion Bündnis90/Die Grünen wird angeregt, den KiTa-Neubau anders auf dem Grundstück anzuordnen, so dass mehr Bäume erhalten werden könnten. Die jetzt vorgesehene Anordnung auf dem Grundstück sei nur der möglichen Mitnutzung der Parkplätze am Mona Mare für die KiTa geschuldet.

Dem Erhalt weiterer Bäume solle die Funktionsfähigkeit der KiTa nicht untergeordnet werden, erklärt der Bürgermeister. Die durch das Gelände des Wäldchens verlaufende Leitungstrasse sei außerdem von Bewuchs und Bebauung frei zu halten. Die im Anschluss daran befindliche Restfläche sei als eigenständiges Wäldchen nicht erhaltenswert.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion hebt hervor, dass man sich in der besonderen Lage befände, so schnell auf einen geänderten Kindergartenbedarfsplan reagieren zu können. Die Unterschriftenliste werde interessiert zur Kenntnis genommen. Es dränge sich der Eindruck auf, dass mit dem Wunsch nach dem Erhalt des Wäldchens die Hoffnung auf eine Verhinderung der Kindertagesstätte und der geplanten Wohnbebauung an dieser Stelle verbinde. Wenn die KiTa rechtzeitig in Betrieb gehen soll, dann sei der Beschluss über die Planung heute notwendig. Das Thema Bäume und Wäldchen solle im Fachausschuss im Rahmen der Bebauungsplanberatung weiter behandelt werden. Sie macht nochmals deutlich, dass man sich für die Ausweisung von Wohnnutzung in dem weiteren Grundstücksbereich ausspreche.

Im weiteren Verlauf der Debatte wird auf die unterschiedlichen Tagesordnungspunkte im Jugendhilfeausschuss und im Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr (ASUBV) hingewiesen. Dadurch sei man zunächst von einem Kindergarten „im Grünen“ ausgegangen, dem man gerne zugestimmt habe, erklärt der Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen. Einer Wohnbebauung an dieser Stelle werde man nicht zustimmen.

Der Sprecher der CDU-Fraktion nimmt Bezug auf eine Äußerung des Bürgermeisters und fragt nach, ob es richtig sei, dass mit dem Neubau begonnen werden soll, bevor Planungsrecht geschaffen wurde. Kritisch wird angemerkt, dass damit Fakten geschaffen werden sollten, die eine weitere Beratung in den Fachausschüssen obsolet mache. Dass die KiTa ebenerdig und damit barrierefrei gebaut werden solle, werde durchaus positiv gesehen.

Der Sprecher der CDU-Fraktion beantragt eine Sitzungsunterbrechung nach dieser Debatte. Man benötige eine Beratungspause, um zu klären, ob heute über die Beschlussvorlage ohne Standortfrage abzustimmen sei.

Der Bürgermeister ergreift das Wort und entgegnet zu den Vorrednern. Dass unter bestimmten Umständen ein Baubeginn vor Rechtskraft des Bebauungsplans möglich sei, wird durch die Verwaltung bestätigt. Es sei rechtlich zulässig, nach durchgeführter und erfolgter Offenlage eine Baugenehmigung zu erteilen.

Er tritt der Darstellung entgegen, dass verschiedene Unterlagen für den Jugendhilfeausschuss (JHA) und den ASUBV verschickt worden seien, um im JHA zu verschleiern, wie groß der Flächenverbrauch für die KiTa sei und dass auf dem Grundstück Wohnbebauung entstehen soll. Im ASUBV habe es lediglich einen zusätzlichen Tagesordnungspunkt für die Wohnbebauung gegeben, für die der JHA nicht zuständig sei.

Für das Protokoll stellt er den zeitlichen Ablauf nochmals klar:

Am 03.02.2015 fanden die Sitzungen des JHA und des Ausschusses für Schule und Sport (SchuSpo) statt.

Die Ergebnisse aus der Kindergartenbedarfsplanung wurden vorgestellt. In ein Luftbild mit der Fläche des Wäldchens sei die Fläche der blauen KiTa einkopiert worden, um die Größendimension darzustellen. Zu dem Zeitpunkt sei man noch davon ausgegangen, dass man das Wäldchen erhalten könne.

Für die Sitzungen des JHA und SchuSpo am 22.04.2015 und des ASUBV am 23.04.2015 wurden die Unterlagen fristgerecht versandt. Der Beschluss über den Bebauungsplan wurde nicht an den Jugendhilfeausschuss versandt. Für den Jugendhilfeausschuss wurden die Unterlagen so versandt, wie sie heute auf der Tagesordnung stehen. In der Sitzung des JHA sei allerdings ausdrücklich auf die Planung hingewiesen und eine Karte gezeigt worden, in der der Flächenverbrauch der KiTa zu erkennen war. Zu diesem Zeitpunkt sei man von dem Erhalt des Restwäldchens zugunsten der Ausweisung von Wohnbebauung abgewichen.

Anschließend unterbricht der Bürgermeister die Sitzung für 20 Minuten. Die Beratung über diesen Tagesordnungspunkt wird im Anschluss fortgesetzt.

Nach Wiederbeginn wird die Diskussion nicht weniger vehement fortgesetzt.

Besonders über die Auslegung der Bezeichnung des Wäldchens wird weiter kontrovers diskutiert. Dabei steht im Vordergrund, ob es sich um einen Primärwald handelt, wie die SPD-Fraktion behauptet, oder um, bis auf wenige schützenswerte Eichen, nicht erhaltenswerten Restwald wie in der Vorlage dargestellt. Auch wird über den geplanten Flächenverbrauch diskutiert und es werden Alternativvorschläge zur Anlegung des KiTa-Neubaus unterbreitet.

Im weiteren Verlauf meldet sich ein Sprecher der PETO-Fraktion zu Wort und äußert sich dahingehend, dass er die Sorge der anderen Ratsmitglieder verspüre, dass die Verwaltung und die PETO-Fraktion durch den heutigen Beschluss Fakten schaffen wollten, die eine weitere Einflussnahme auf die Entwurfsplanung verhindere. Als Kompromisslösung schlägt er deshalb eine Änderung der Nr. 1 des Beschlussvorschlages vor.

Anstelle des Wortes „errichtet“ soll das Wort „geplant“ eingesetzt werden. Ein weiterer Satz 2 soll angefügt werden. Der Satz lautet: „Diese Planung wird den Ratsgremien nach der Sommerpause zwecks Fassung eines Baubeschlusses vorgelegt.“

Ergänzend bekräftigt der Bürgermeister, dass es sich bei der heute vorgelegten Beschlussempfehlung nicht um den Baubeschluss handeln solle.

Der Sprecher der CDU-Fraktion bezieht sich auf den Vorschlag der PETO-Fraktion und erklärt, dass man hiermit den kleinsten gemeinsamen Nenner für eine Lösung gefunden habe. Wegen der vorgestellten Planung sei man weiter unterschiedlicher Meinung. Allerdings sei mit dem Kompromissvorschlag die Gelegenheit eröffnet, im Verlauf der weiteren Beratungen Bedenken und Anregun-

gen vorzubringen. Man werde dem Vorschlag zustimmen.

Auch seine Fraktion werde dem Vorschlag zustimmen, erklärt der Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen. Er begrüßt ausdrücklich, dass trotz der bestehenden Mehrheitsverhältnisse Kompromisslösungen gefunden werden können.

Der Bürgermeister stellt den - bei Nummer 1 geänderten und ergänzten - Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss (mit Änderungen bei Nr. 1:)

1. Im Berliner Viertel soll auf dem Grundstück an der Kurt-Schumacher-Straße neben dem Allwetterbad (Flurstücke 1949 / 1952) der Neubau einer Kindertagesstätte geplant werden. Diese Planung wird den Ratsgremien nach der Sommerpause zwecks Fassung eines Baubeschlusses vorgelegt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis des vorgelegten Ideenkonzeptes die Entwurfsplanung zu erstellen und den Ratsgremien zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen.
3. Der Budgetrahmen für die Maßnahme wird auf 3.300.000,- € festgelegt. Die Mittelbereitstellung erfolgt im Rahmen eines Nachtrags zum Haushalt 2015.
4. Die Verwaltung wird beauftragt die Trägerschaft der neuen Kindertagesstätte an der Kurt-Schumacher-Straße zu prüfen und einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten.
5. Im Nachtragshaushalt wird der strukturellen Veränderungen in der Abteilung (51/3) – Kindertagesstätten und Kindertagespflege – Rechnung getragen und eine Stelle für eine Abteilungsleitung berücksichtigt.

einstimmig zugestimmt

Herr Nagy nimmt wieder seinen Platz ein.

Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner (2. Unterbrechung)

1. Herr Josef Lambertz, Lortzingweg 9, weist auf die derzeitigen Mäharbeiten des Straßenbegleitgrüns an der Opladener Straße hin und fragt nach, ob nicht die Möglichkeit bestünde, vor dem Mähen zunächst den Müll einzusammeln.

Die Verwaltung teilt mit, dass die Grünpflege der Opladener Straße dem Landesbetrieb Straßen obliege. Die Stadt werde vor Beginn der Maßnahmen nicht darüber in Kenntnis gesetzt. Für die Flächen, für die die Städtischen Betriebe zuständig seien, gelte die Regelung vor der Mahd eine Säuberung vorzunehmen. Man werde überprüfen, von wem die Mäharbeiten vorgenommen worden seien.

Der Bürgermeister sagt zu, dass eine entsprechende Information per E-Mail an Herrn Lambertz und die Fraktionen erfolge.

2. Herr Lambertz meldet sich in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Landschaftsschutzvereins zu Wort. Er bezieht sich auf die zuvor im Zusammenhang mit dem geplanten Neubau einer Kindertagesstätte an der Kurt-

Schumacher-Straße entbrannte Debatte, in der alle Ratsmitglieder zum Ausdruck gebracht hätten Bäume und Natur schützen zu wollen. Als im Rahmen der vorbereitenden Arbeiten für den Ausbau des Rheinparks gesunde Bäume gefällt worden seien, seien von den Ratsmitgliedern keine Proteste erfolgt. Das sei für ihn unverständlich gewesen und er fordere die Ratsmitglieder auf, zukünftig sensibler auf Baumfällungen zu reagieren.

Der Bürgermeister weist zunächst auf die Regularien der Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner hin. Fragen seien an den Bürgermeister zu richten und nicht direkt an die Ratsmitglieder.

Hinsichtlich der Bäume im Bereich des geplanten Landschaftsparks Rheinbogen verweist der Bürgermeister auf ein bereits stattgefundenes persönliches Gespräch mit Herrn Lambertz. Ergänzend erklärt er, dass die gefällten Bäume alle im Planungskonzept aufgeführt worden seien und dass im Laufe der Beratungen ein fraktionsübergreifender Kompromiss für die Umgestaltung erzielt und beschlossen worden sei.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Bürgermeister schließt den zweiten Teil der Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner.

10 Vorkaufsrechtsatzung "zentraler Versorgungsbereich Innenstadt" im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 141 M "zentraler Versorgungsbereich Innenstadt"
Vorlage: IX/0269

Eingangs erläutert der Bürgermeister ausführlich die Vorlage und führt zu den Hintergründen aus. Er informiert über ein Telefonat mit einer der Beteiligten (Mitunterzeichnerin des Schreibens vom 12.05.2015), das vor der Ratssitzung stattgefunden habe. Es sei verabredet worden, alle Unterzeichner des Schreibens im Rahmen des Eigentümernetzwerks in der 2. Junihälfte zu einer Informationsveranstaltung einzuladen. Die Einladung werde über die Wirtschaftsförderung erfolgen. Danach werde die Verwaltung über das Gespräch berichten.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion erklärt, dass innerhalb ihrer Fraktion abgesprochen worden sei, über den Beschluss erst zu beraten und zu beschließen, nachdem mit den Unterzeichnern des Schreibens verhandelt worden sei. Sie beantragt den Beschluss zu vertagen.

Der Sprecher der CDU-Fraktion erklärt, dass er sich diesem Vorschlag anschließen könne.

Auch ein Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen erklärt, sich dem Vorschlag der PETO-Fraktion anschließen zu wollen.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag auf Vertagung** zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

11 Auslaufen der Nutzung eines Teils des Waldfriedhofes in Monheim am Rhein

Vorlage: IX/0305

Beschluss

Auf dem in der Anlage 1 umrandete Teil des Waldfriedhofes der Stadt Monheim am Rhein werden zukünftig keine neuen Bestattungen mehr vorgenommen. Die Verwaltung wird beauftragt, diesen Beschluss ortsüblich bekannt zu machen und alles Notwendige zur Umsetzung des Beschlusses zu veranlassen. Die Kosten für gegebenenfalls notwendige Umbettungen trägt die Stadt Monheim am Rhein. Die Anlage 1 ist Bestandteil dieses Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 12 Umgestaltung Knipprather Straße / Baumberger Chaussee, Kreisverkehrsplatz**
Vorlage: IX/0284

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechend der vorgelegten Planung die Maßnahme „Kreisverkehrsplatz Baumberger Chaussee / Knipprather Straße“ baulich umzusetzen.

einstimmig zugestimmt

- 13 Baubeschluss zur Umgestaltung der Hauptstraße von Ausbauende Kreisverkehr Berghausener Straße/Monheimer Straße bis einschl. Knotenpunkt Hauptstraße/ Kreuzstraße**
Vorlage: IX/0315

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis der vorgelegten Planung des Planungsbüro MWM die bauliche Umgestaltung der Hauptstraße zwischen Kreisverkehr Berghausener Straße/Monheimer Straße und der Kreuzstraße zu realisieren.

einstimmig zugestimmt

- 14 Neubau einer Rampe vom Berliner Ring, "Bypass"**
Vorlage: IX/0283

Ein Sprecher der CDU-Fraktion bezieht sich auf die zuvor erfolgten Beratungen und Beschlüsse, in denen die Fraktion ihre gegenteilige Auffassung geäußert habe. Man werde dem vorliegenden Beschluss deshalb auch heute nicht zustimmen.

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis der vorgelegten Planung die Umsetzung der Baumaßnahme „Bypass Heinestraße“ zu realisieren.

Abstimmungsergebnis:

29 Ja-Stimmen: 23 PETO, 3 SPD, 2 Bündnis90/Die Grünen, 1 BM
7 Nein-Stimmen: CDU
1 Enthaltung: Die LINKE

mehrheitlich zugestimmt

**15 Gesellschaftsvertrag der Bildung³ gemeinnützige GmbH der Städte Hilden, Langenfeld und Monheim am Rhein
Vorlage: IX/0351**

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein nimmt den endgültigen Gesellschaftsvertrag der Bildung³ gemeinnützige GmbH der Städte Hilden, Langenfeld und Monheim am Rhein zur Kenntnis.

Zur Kenntnis genommen

**16 Erster Gesamtabschluss zum 31.12.2010
Vorlage: IX/0343**

Nachdem der Bürgermeister ihr das Wort erteilt hat, erläutert die Kämmerin anhand einer PowerPoint-Präsentation* den Entwurf des Gesamtabschlusses zum 31.12.2010 und weist umfassend auf Besonderheiten hin. Sie weist darauf hin, dass das weitere Prüfverfahren analog der Prüfverfahren der Jahresabschlüsse vorgenommen werde.

*Die Präsentation wird der Niederschrift beigelegt.

Der Bürgermeister spricht Frau Noll und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bereichs Finanzen seinen Dank aus.

Beschluss

Der Rat nimmt den nach § 116 GO NRW durch die Kämmerin aufgestellten und durch den Bürgermeister bestätigten Entwurf des Gesamtabschlusses der Stadt Monheim am Rhein zum 31.10.2010 zur Kenntnis und verweist diesen zwecks Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss.

einstimmig zugestimmt

**17 Entwurf Jahresabschluss 2013 der Stadt Monheim am Rhein
Vorlage: IX/0313**

Die Kämmerin stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation* den Entwurf des Jahresabschlusses 2013 vor.

*Die Präsentation wird der Niederschrift beigelegt.

Beschluss

Der von der Kämmerin aufgestellte und vom Bürgermeister bestätigte Entwurf des Ergebnisses des Jahresabschlusses sowie die Ergebnisrechnung, die Finanzrechnung, die Teilrechnungen, die Bilanz, der Anhang und der Lagebericht für das Haushaltsjahr 2013 werden zur Kenntnis genommen.

Der Jahresabschluss wird mit den o.g. Anlagen dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung gemäß § 101 GO NRW zugeleitet.

einstimmig zugestimmt

18 Nachtragshaushaltssatzung 2015 Vorlage: IX/0312

Der Bürgermeister erläutert umfassend die Vorlage und weist auf die einzelnen Nachträge und die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen hin. Besonders weist er auf die Verdoppelung der Ausgaben für die Unterbringung von Flüchtlingen hin, die sich u.a. aus dem hohen Standard für deren Unterbringung ergibt. Dieser Standard solle beibehalten werden.

Der Bürgermeister teilt mit, dass für Investitionstätigkeiten insgesamt ein Betrag in Höhe von 34,4 Mio. EUR aufgewendet würde. Davon könne ein Betrag in Höhe von ca. 21,4 Mio. EUR nicht aus Haushaltsüberschüssen gedeckt werden. Dieser Betrag müsse der Liquiditätsreserve entnommen werden. Das entspräche ungefähr dem Betrag, der für die Solidaritätsumlage an das Land Nordrhein-Westfalen abzuführen sei. Die Solidaritätsumlage belaufe sich im Jahr 2015 auf einen Betrag in Höhe von 22,6 Mio. EUR. Mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen entziehe das Land Nordrhein-Westfalen der Stadt Liquidität.

Die eingehende Beratung über den Nachtragshaushalt solle in den Fachausschüssen erfolgen. In der Ratssitzung am 24.06.2015 solle dann die Verabschiedung erfolgen.

Ratsherr Bosbach - CDU - bezieht sich auf die Äußerung des Bürgermeisters zum Liquiditätsentzug durch das Land. Er fragt nach, ob man aufgrund des Urteils des OVG Münster zur Klage der Stadt Erkelenz Schlüsse in Bezug auf das Klageverfahren der Stadt Monheim am Rhein und anderer Kommunen gegen den Kommunalsoli ziehen könne.

Der Bürgermeister nimmt dazu ausführlich Stellung und erklärt, dass es sich bei der Stadt Erkelenz um eine Nehmerkommune handele, die gegen die durch das Land NRW vorgenommene Mittelverteilung der Nehmerkommunen untereinander geklagt habe. Die Klage der Stadt Monheim am Rhein gegen das Land NRW erfolge als Geberkommune und sei mit dem angesprochenen Urteil nicht vergleichbar.

Vor Abstimmung weist der Bürgermeister darauf hin, dass der Beschlussvorschlag wie folgt umformuliert werden muss:

„Der eingebrachte Verwaltungsentwurf der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2015 wird mit seinen Anlagen zur weiteren Beratung an die Ausschüsse verwiesen.“

Beschluss

Der eingebrachte Verwaltungsentwurf der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2015 wird mit seinen Anlagen zur weiteren Beratung an die Ausschüsse verwiesen.

einstimmig zugestimmt

**19 Nachtrag zum Stellenplan 2015
Vorlage: IX/0341**

Beschluss

Der Stellenplan 2015 wird entsprechend den in der Anlage dargestellten Veränderungen angepasst.

Abstimmungsergebnis:

30 Ja-Stimmen: 23 PETO, 3 SPD, 2 Bündnis90/Die Grünen, 1 Die LINKE, 1
BM

7 Nein-Stimmen: CDU

mehrheitlich zugestimmt

**20 Genehmigung einer Dringlichen Entscheidung - Zusage einer Kreditgewährung in Zusammenhang mit dem Breitbandausbau -
Vorlage: IX/0346**

Der Bürgermeister erläutert die Hintergründe, die die Dringlichkeitsentscheidung notwendig gemacht haben.

Beschluss

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Abs.1 der Gemeindeordnung NRW die Dringliche Entscheidung des Bürgermeisters Daniel Zimmermann und des Ratsmitglieds Lisa Pientak vom 20.03.2015 in Bezug auf die Zusage einer Kreditgewährung im Falle des Ausfalls der zugesagten Fremdmittel im Zusammenhang mit dem Breitbandausbau.

einstimmig zugestimmt

**21 Antrag der CDU-Fraktion vom 04.05.2015 "Einrichtung einer Taschengeldbörse"
Vorlage: IX/0363**

Der Sprecher der antragstellenden Fraktion erläutert den Antrag.

Ein Sprecher der PETO-Fraktion erklärt, dass der Antrag in der Sache unterstützt werden könne. Alle Vorteile seien durch den Antragsteller aufgezählt worden. Unter Hinweis auf das dem Antrag beigefügte Beiblatt erklärt der Sprecher, dass man Probleme bei der Antragstellung erkenne. Die Stadt Monheim am Rhein sei nicht förderungsfähig, da man weder die Eigenschaft „kreisfreie Stadt“ oder „Kreis“ erfülle. Außerdem sei nicht erkennbar, dass der in dem Antrag genannte Termin 09.06.2015 zur Vorstellung des Projektes im Fachausschuss eingehalten werden könne.

Die PETO-Fraktion schlage deshalb vor, dass die Verwaltung beauftragt werden solle, Gespräche mit der Kreisverwaltung zu führen, damit der Kreis die Trägerschaft für das Projekt „Servicebrücken Jugend – Alter“ übernimmt. Die PETO-Fraktion schlage deshalb folgende Umformulierung des Antrages vor:

„Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten und Voraussetzungen zum Aufbau und dauerhaften Erhalt einer örtlichen „Taschengeldbörse“ unter Einbeziehung der Fördermöglichkeiten des landesweiten Projekts „Servicebrücken Jugend und Alter“ und in Abstimmung mit der Kreisverwaltung zu untersuchen sowie anschließend im zuständigen Fachausschuss eingehend darzustellen.“

Der Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen erklärt, dass man dem Antrag der CDU-Fraktion zustimmen werde. Allerdings solle der Verwaltung zur Vorstellung des Projekts mehr Zeit eingeräumt werden.

Mit der durch die Fraktion Bündnis90/Die Grünen vorgetragenen Änderung könne dem Antrag der CDU-Fraktion zugestimmt werden, erklärt ein Sprecher der SPD-Fraktion.

Der Sprecher der CDU-Fraktion führt mit Hinweis auf die zuvor gemachten Äußerungen aus, dass es seiner Fraktion um die Einführung des Projektes gehe. Er könne sich dem Vorschlag anschließen, dass der Verwaltung zunächst ein Prüfungsauftrag erteilt werde, ob der Kreis das Projekt übernehmen werde. Sollte es zu einem ablehnenden Ergebnis kommen, solle die Stadt Monheim am Rhein das Projekt alleine einführen und ggf. aus eigenen Mitteln finanzieren.

Seine Fraktion halte nicht unbedingt an dem im Antrag genannten Datum fest, erwarte aber noch in diesem Jahr eine Vorstellung im Fachausschuss.

Um in den Genuss der bereitgestellten Fördermittel zu kommen, solle unbedingt eine kreisweite Lösung angestrebt werden, erklärt ein Sprecher der PETO-Fraktion. Die antragstellende Fraktion solle ihren Einfluss im Kreistag geltend machen.

Nach Abschluss der Diskussion stellt der Bürgermeister zunächst den weitergehenden Antrag der PETO-Fraktion zur Abstimmung:

„Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten und Voraussetzungen zum Aufbau und dauerhaften Erhalt einer örtlichen „Taschengeldbörse“ unter Einbeziehung der Fördermöglichkeiten des landesweiten Projekts „Servicebrücken Jugend und Alter“ und in Abstimmung mit der Kreisverwaltung zu untersuchen sowie anschließend im zuständigen Fachausschuss eingehend darzustellen.“

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten und Voraussetzungen zum Aufbau und dauerhaften Erhalt einer örtlichen „Taschengeldbörse“ unter Einbeziehung der Fördermöglichkeiten des landesweiten Projekts „Servicebrücken Jugend und Alter“ und in Abstimmung mit der Kreisverwaltung zu untersuchen sowie anschließend im zuständigen Fachausschuss eingehend darzustellen.

einstimmig zugestimmt

Vorlage: IX/0364

Nach Worterteilung durch den Bürgermeister erläutert ein Sprecher der antragstellenden Fraktion Bündnis90/Die Grünen eingehend den Antrag. Er nimmt u.a. Bezug auf die Diskussion in der Sitzung des Rates im Dezember 2014 als ein ähnlich lautender Antrag aus formalen Gründen abgelehnt worden sei. Mit dem heute vorliegenden Antrag seien nach Auffassung seiner Fraktion die grundlegenden Voraussetzungen genannt worden, um einen Ratsbeschluss zur Verabschiedung einer Resolution herbeizuführen. Im weiteren Verlauf führt er eingehend zu den einzelnen Punkten der Begründung der Resolution aus.

Im Anschluss daran melden sich Sprecher der Fraktionen von PETO und CDU zu Wort und erklären, dass man den Antrag ablehnen werde.

Die PETO-Fraktion sieht nicht die notwendige Legimitation des Rates gegeben, um über den Antrag entscheiden zu können. Der Sprecher weist darauf hin, dass eine Befassungskompetenz des Rates erst dann gegeben sei, wenn durch die Freihandelsabkommen die Stadt Monheim am Rhein im Vergleich zu anderen deutschen Kommunen besonders betroffen würde. Der örtliche Bezug sei in dem vorgelegten Antrag nicht ausreichend nachgewiesen. Über den Antrag sei fraktionsintern eingehend diskutiert worden. Einige Mitglieder würden sich bei der Abstimmung enthalten, weil man inhaltlich den geplanten Freihandelsabkommen nicht beitreten könne.

Der Sprecher der CDU-Fraktion teilt mit, dass über den Antrag eingehend diskutiert worden sei. Man habe den Eindruck gewonnen, dass sich dieser lediglich auf Vermutungen und Ahnungen stütze. Die Komplexität des Themas beinhalte, dass derzeit kein grundsätzlicher örtlicher Bezug hergestellt werden könne. Die Kommunen könnten nach Auffassung seiner Fraktion erst nach genauer Kenntnis von Grundlagen der Handels- und Dienstleistungsabkommen tätig werden. Außerdem werde die Auffassung vertreten, die Bundesregierung in ihrer Verhandlungsarbeit nicht durch Resolutionen einzelner Kommunen oder Gemeindeverbände zu behindern.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen weist auf den Beschluss einer ähnlich lautenden Resolution durch den Kreistag des Kreises Mettmann hin. Außerdem führt er Beispiele für die s. E. sehr wohl gegebene örtliche Betroffenheit durch die Freihandelsabkommen auf.

Die Zuständigkeit des Rates sei nach Auffassung der SPD-Fraktion sehr wohl gegeben, erklärt deren Sprecher. Die durch die antragstellende Fraktion aufgeführten Beispiele, wonach eine besondere Betroffenheit vorliegen würde, seien zutreffend. Die SPD-Fraktion unterstütze den vorliegenden Antrag.

Es schließt sich eine langandauernde Diskussion an, in deren Verlauf die Sprecherin der PETO-Fraktion zum Ausdruck bringt, dass die Ablehnung des Antrages durch ihre Fraktion sich ausschließlich auf formale Gründe stütze. Den durch die antragstellende Fraktion aufgeführten Betroffenheitsbeispielen fehle der spezifische Bezug zur Stadt Monheim am Rhein.

Ein Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen entgegnet darauf und äußert seine Enttäuschung über diese Haltung. Die Mehrheitsfraktion mache es sich seines Erachtens leicht, um nicht inhaltlich über das Thema debattieren zu müssen. Der Bezug auf Monheim sei nach seiner Auffassung ausreichend dargestellt worden. Auch andere kommunale Parlamente hätten sich zu einer vergleichbaren

Resolution entschieden. Der Rat solle und müsse seine Möglichkeiten nutzen. Er wünsche sich, dass der Fraktionszwang bei der Mehrheitsfraktion aufgehoben würde und jedes Mitglied frei entscheiden könne.

Dem tritt der Bürgermeister entgegen und erklärt, wenn eine inhaltliche Diskussion nicht zugelassen worden wäre, hätte die bisherige Debatte gar nicht stattfinden dürfen. Nochmals weist er darauf hin, dass der Stadtrat sich nicht mit Angelegenheiten befassen dürfe, bei denen eine besondere Betroffenheit der Gemeinde nicht ausgelöst würde.

Dieser Auffassung tritt der Sprecher der CDU-Fraktion bei. Er erklärt ergänzend, dass die Stadtratsfraktion der CDU sich der Meinung der Bundes-CDU anschließen und entsprechend abstimmen werde.

Dass nicht die PETO-Fraktion es sich leicht mit der Entscheidung mache, sondern die antragstellende Fraktion entgegnet ein Sprecher der PETO auf den Vorwurf. Anstatt die eigene Parteibasis zu aktivieren, die für entsprechende Stimmungsmache sorgen könne, werde mit vorgefertigten Anträgen, die keinen örtlichen Bezug herzeigten, die Entscheidung auf die Kommunen abgewälzt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt der Bürgermeister den Antrag zur Abstimmung.

Beschluss

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt folgende Resolution laut beigefügter Anlage.

Abstimmungsergebnis:

23 Nein-Stimmen:	15 PETO, 7 CDU, 1 BM
5 Ja-Stimmen:	3 SPD, 2 Bündnis90/Die Grünen
8 Enthaltungen:	PETO

mehrheitlich abgelehnt

23 Mündliche Mitteilungen

23.1 Mitteilung zur einer Anfrage der CDU-Fraktion "Bestellung von persönlichen Stellvertretern im Aufsichtsrat der MVV"

Der Bürgermeister beantwortet eine Anfrage der CDU-Fraktion aus der Ratssitzung am 11.03.2015 zur Bestellung von persönlichen Stellvertretern im Aufsichtsrat der MVV.

Der Gesellschaftsvertrag der MVV sieht ausdrücklich keine Stellvertretung vor. Die Bestellung von persönlichen Stellvertretern wäre zwar grundsätzlich möglich, da im Gesellschaftsvertrag der MVV der Ausschluss der Aufgabenübertragung auf Dritte gem. § 52 GmbHG i.V.m. § 111 AktG explizit keine Anwendung findet. Ein notarieller Gesellschafterbeschluss wäre notwendig. Darüber hinaus wird es als sinnvoll erachtet, auf eine entsprechende Stellvertreterregelung zu verzichten, da Mitglieder des Aufsichtsrates auch vor dem Hintergrund der persönlichen Haftung eine entsprechende Fachkompetenz durch eine möglichst durchgängige Ausübung des Mandats erwerben sollten.

Die Verwaltung werde zukünftig, wie bereits im letzten Haupt- und Finanzausschuss praktiziert, regelmäßig im nichtöffentlichen Teil über die in den AR-Sitzungen der MVV gefassten Beschlüsse berichten.

23.2 Mitteilung zu einem Schreiben der Universität Duisburg-Essen zur Bekanntgabe an alle Mitglieder des Rates

Der Bürgermeister weist auf das vor der Sitzung an die Plätze verteilte Schreiben der Universität Duisburg-Essen hin.

Die Universität Duisburg-Essen führt derzeit ein Forschungsprojekt zu politischen Entscheidungsträgern auf kommunaler Ebene in NRW durch.

Mit dem Schreiben wird um vorzeitige Information der Ratsmitglieder über die geplante Befragung gebeten.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Teilnahme an der Befragung jedem Ratsmitglied freigestellt sei.

24 Mündliche Anfragen

24.1 Anfrage von Ratsherrn Nagy - CDU - "Besetzung der Rentenstelle"

Ratsherr Nagy weist auf vermehrte Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern bei der Beratung durch die Rentenstelle hin. Er fragt nach, ob es in diesem Bereich personelle Probleme gäbe und man diese durch eine bessere Vertretungsregelung beheben könne.

Bürgerinnen und Bürger der Stadt Monheim am Rhein seien zur Beratung oder Antragstellung nach Leverkusen verwiesen worden.

Der Bürgermeister berichtet, dass bei der Stadt Monheim am Rhein nur eine Person die umfassenden Kenntnisse in der komplexen Materie des Renten- bzw. Versicherungsrechts habe. Es sei nahezu undenkbar, eine Vertretung zu finden, die dieses umfangreiche Wissen für eine gute und richtige Beratung mitbrächten.

Als Alternativlösung in den Fällen, in denen die Rentenstelle wegen Urlaubs oder Krankheit nicht besetzt sei, auf die Rentenstelle in Leverkusen zu verweisen, sei nicht unzumutbar, da diese auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar wäre. Dort stünden ständig gut ausgebildete Fachleute zur Beratung zur Verfügung.

24.2 Anfrage von Ratsherrn Poell - Bündnis90/Die Grünen - "Abiturfeier im Sojus 7"

Ratsherr Poell weist auf einen Eintrag des Abi-Komitees des Otto-Hahn-Gymnasiums in Facebook hin, wonach eine Abiturentlassfeier im Sojus 7 stattfinden soll. Motto der Veranstaltung laute: „all you can drink“. 16- und 17-Jährige könnten dort für einen Betrag von 15 EUR Sekt, Bier und Softdrinks in unbegrenzter Menge konsumieren. Für Teilnehmer über 18 Jahre gelte dies auch für harte Getränke. Der Preis betrage dann 20 EUR. Seines Wissens seien Flatrate-Partys für Jugendliche verboten. Er fragt nach, ob der Verwaltung bekannt sei,

dass im Sojus 7 diese Veranstaltung stattfindet. Außerdem bittet er um Auskunft, welche Maßnahmen die Verwaltung veranlassen werde, um die geplante Art der Veranstaltung zu unterbinden.

Der Bürgermeister antwortet, dass der Verwaltung bekannt sei, dass im Sojus 7 eine Abiturentlassfeier stattfinden solle. Für die Verfehlungen der Vorgänger könne man die neuen Abiturjahrgänge nicht bestrafen. Zuzustimmen sei, dass Flatrate-Veranstaltungen für jede Altersgruppe unzulässig seien. Die Verwaltung werde auf die Veranstalter einwirken, dass das geplante Angebot nicht stattfindet.

24.3 Anfrage von Ratsherrn Emmeler - Bündnis90/Die Grünen - "Sachstand Ausbau Glasfasernetz"

Ratsherr Emmeler erkundigt sich nach dem Ausbaustand des Glasfasernetzes.

Der Bürgermeister verweist auf die Internetseite der MEGA Multimedia. Anhand eines Ampelsystems sei auf dieser Seite der Ausbaufortschritt jedes Straßenzugs, getrennt nach Monheim und Baumberg aufgelistet, erkennbar.

24.4 Anfrage von Ratsherrn Goller - SPD - "Sachstand zum Ausbau des Sportplatzes der PUG"

Ratsherr Goller bittet um einen kurzen Sachstandsbericht über den Bau der Außensportanlage an der Peter-Ustinov-Gesamtschule.

Hierzu berichtet der Bürgermeister, dass die Planung mit der Schule abgestimmt worden sei. Derzeit müssten noch eigentumsrechtliche Fragen geklärt werden, weil sich herausgestellt habe, dass das städtische Grundstück nicht ausreichend groß genug sei. Um die Planung im Sinne der Schule zu verwirklichen, solle noch Grundstücksfläche hinzugewonnen werden. Gespräche mit dem Eigentümer der benachbarten Fläche würden derzeit geführt.

24.5 Anfrage von Ratsherrn Bosbach - CDU - "Plakatierung im Stadtgebiet"

Ratsherr Bosbach weist auf die in letzter Zeit umfangreiche Plakatierung im Stadtgebiet hin. Oftmals sei festzustellen, dass nach dem Veranstaltungstermin die Plakate nicht wieder abgeräumt würden. Er fragt nach, wer hierfür zuständig sei.

Der Bürgermeister erklärt, dass grundsätzlich die Regelungen für die Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen angewandt würden. Sollten Missstände auffallen, bittet er um einen Hinweis an den Bereich Bauwesen, um nicht abgehängte Plakate dann ggf. durch die Städtischen Betriebe entfernen zu lassen.

Sollten allerdings Plakate an privaten Grundstücken angebracht worden seien, sei eine öffentliche Sondernutzungserlaubnis nicht erforderlich und die Verwaltung habe keine Handhabe, um diese entfernen zu lassen. Dafür seien dann die Grundstückseigentümer zuständig.

Der Bürgermeister schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und bedankt sich bei den noch anwesenden Besucherinnen und Besuchern für ihr Interesse.

Daniel Zimmermann
Bürgermeister

Beate Hellingrath
Schriftführerin